

Protokoll über die öffentliche Sitzung

des Gremiums: Beirat Blumenthal

am: 09.03.2015

**Ort: in der Aula des Schulzentrums Eggestedter Straße, Eggestedter Str. 20,
28779 Bremen**

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Ortsamtsleiter: Peter Nowack (Vorsitz)

Verwaltungsbeamter: Malte Wolpmann (Protokoll)

Beiratsmitglieder:

Heiner Böcker

Dennis Klingenberg

Grete Klinkmüller

Gabriele Kröger-Schurr

Anke Krohne

Karen Nieschlag

Andreas Pfaff

Alex Schupp

Eike Schurr

Ralf Schwarz

Helma Stitz

Hans-Gerd Thormeier

Gisela Zimmermann

Es fehlten:

Nils Christahl, entschuldigt

Peter Geis, entschuldigt

Sascha Humpe, unentschuldigt

Gäste

Klaus Dunker, Stellvertretender Revierleiter Polizei-Blumenthal

Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 09.02.2015
3. (19:10 Uhr) Mitteilungen
 - a. aus dem Ortsamt
 - b. des Beiratssprechers
4. (19:15 Uhr) Evaluationsbericht des novellierten Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter
dazu: *Herr Prof. Dr. Lothar Probst*
5. (20:15 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
6. (20:30 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
 - a. Bürgerantrag: Klärung von Fragen zur Begründung des Petitionsausschusses zu einer Petition „Beschwerde über eine Aschedeponie und ein Kohlelager“
 - b. Bürgerantrag: Brunnen auf dem Marktplatz wieder in Betrieb nehmen (Antrag vom 13.04.2014 – Vertagt bis zur Vorlage des Verkehrsgutachtens –erfolgte am 26.02.2015)
 - c. Bürgerantrag: Forderung der Wieder-Anbringung des Grünlichts an der Ampel Schwaneweder Str. / Pürschweg
 - d. Bürgerantrag: Tempo 30 und ausgewiesene Fahrradewege in der Fresenbergstr., Zebrastreifen und Halteverbot vor der Waldorfschule
7. (20:45 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
 - a. CDU: Dringlichkeitsantrag – Geschlossene Unterbringung der minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge, die die Chance der intensivpädagogischen Betreuung in der Rekumer Straße 12 nicht genutzt haben
dazu: → Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
→ Änderungsantrag der Fraktion SPD
8. (20:55 Uhr) Beschluss: Stellungnahme des Beirats zum Bürgerantrag „Videoüberwachung auf dem Bolzplatz Bahrsplate“
9. (21:00 Uhr) Verschiedenes

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung

Herr Nowack begrüßt alle Anwesenden und teilt mit, dass Herr Probst krankheitsbedingt absagen musste. Er schlägt daher vor den TOP 4 „Evaluationsbericht des novellierten Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter“ vor den TOP 8 zu verschieben.

Frau Krohne möchte den TOP 4 vor den TOP 9 verschoben haben.

Hiergegen gibt es keine Widersprüche.

Dann lässt Herr Nowack über die Tagesordnung abstimmen.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Die Tagesordnung ist damit angenommen.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Sitzung vom 09.02.2015

Herr Nowack lässt über das Protokoll vom 09.02.2015 abstimmen.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Das Protokoll ist damit genehmigt.

Frau Kröger-Schurr möchte wissen warum in dem Protokoll zwei Unterzeichner angegeben seien.

Herr Nowack erklärt, dass Herr Schwarz als stellvertretender Beiratssprecher erst später zu der Sitzung hinzu gekommen und Herr Schupp als Sprecher des Koordinierungsausschuss für den ersten Teil verantwortlich sei. Herr Geis als Beiratssprecher sei krankheitsbedingt nicht anwesend gewesen.

Herr Schurr erklärt er würde gerne eine Liste mit den Wertigkeiten der Beiratsmitglieder zugeschickt bekommen, da er die Reihenfolge Beiratssprecher, Stellvertreter, Sprecher des Koordinierungsausschusses rechtlich nicht nachvollziehen könne.

Herr Nowack erläutert, dass im Beirätegesetz nur die Ämter des Beiratssprechers und des stellvertretenden Beiratssprechers verankert seien. In Blumenthal sei es aber seitdem er Ortsamtsleiter sei nicht nur gängige Praxis sondern auch Bestandteil der Geschäftsordnung, dass wenn die beiden Personen verhindert seien, der Sprecher des KO den Beirat in Sitzungen vertritt.

TOP 3: Mitteilungen

a. aus dem Ortsamt

b. des Beiratssprechers

3 a. Herr Nowack berichtet aus dem Ortsamt:

- Am 26. Januar Bauausschuss einen Vorschlag zur Straßenbenennung auf dem BWK-Gelände erarbeitet. Es gab dabei einen Dissens über die erwogene Namensgebung für den sich am Ende der historischen Achse abzeichnenden Platz.
 - Mittlerweile haben ASV und WFB abschließend geklärt, dass die Erschließung als einheitliche Straße geplant ist. Die Achse erhält daher den einheitlichen Namen „An der Wollkämmerei“
- Am 17. Februar fand die Siegerehrung des diesjährigen Wettbewerbs „Jugend forscht“ statt.
 - Die Blumenthaler Schulen haben sich mit vielen Projekten beteiligt und acht Preise abgeräumt. Dazu einen 1. Platz im Wettbewerb „Schüler experimentieren“
- Am 16. Februar hat Bürgermeister Jens Böhrnsen den Stadtteil besucht.
 - Beim Gespräch im Quartiersmanagement hat er sich von den Fortschritten überzeugt und seine weitere Unterstützung zugesagt.
 - Anschließend haben wir uns noch den Stand der Erschließung auf dem BWK-Gelände angesehen und die BWK-Chemiefaser GmbH besichtigt.
- Am 24. Februar fand im Hause der Wirtschaftsförderung die Sitzung der Vergabe-Jury zu den Angeboten für Erwerb und Bebauung des Dewers-Geländes statt.
 - Die Jury hat sich einstimmig für ein Angebot entschieden und einen Vorschlag für die Wirtschaftsdeputation unterbreitet. Der Beirat hat dem Vorschlag am 26.02. in nichtöffentlicher Sitzung zugestimmt.
- In der letzten Woche haben die Rodungsarbeiten für den Neubau der Ladenzeile am Müllerloch begonnen.
 - Die Baugenehmigung für die Erweiterung des ALDI-Marktes und den Umbau des TOOM-Baumarktes sind in der Endabstimmung.

3 b. Herr Schwarz teilt mit, dass am 19. März die nächste Beirätekonferenz stattfinden werde, er aber aufgrund eines privaten Termins verhindert sei. Er bittet Herr Schupp als Sprecher des KO stellvertretend für ihn an der Sitzung teilzunehmen.

TOP 5: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Frau Klinkmüller beantragt, dass der Beirat über den Vorschlag, dass die Haltestelle „Am Forst“ in „Wätjens Park“ umbenannt werden solle, beschließen solle.

Herr Nowack fragt, ob es Gegenstimmen zu dem Antrag gebe. Dies sei nicht der Fall. Der Antrag ist damit einstimmig beschlossen.

Herr Schurr beantragt die Wahl eines zweiten Stellvertreters des Beiratssprechers und schlägt dafür Herrn Thormeier vor.

Herr Nowack erläutert, dass ein zweiter Vertreter nicht gewählt werden könne, da es das Beirätegesetz nicht vorsehe.

Herr Schwarz erklärt, dass er diese Diskussion leid sei. Man habe die jetzige Regelung seit Jahren und sie habe sich bewährt.

Herr Nowack schlägt vor, dass man Herrn Thormeier dennoch zum Vertreter des Beirats bestellen könnte, sofern Herr Schupp an einem Termin ebenfalls nicht könne.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen. Herr Thormeier vertritt daher zukünftig den Beirat, wenn Herr Geis, Herr Schwarz und Herr Schupp an einem Termin nicht teilnehmen können.

TOP 6: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

- a. **Bürgerantrag: Klärung von Fragen zur Begründung des Petitionsausschusses zu einer Petition „Beschwerde über eine Aschedeponie und ein Kohlelager“**
- b. **Bürgerantrag: Brunnen auf dem Marktplatz wieder in Betrieb nehmen (Antrag vom 13.04.2014 – Vertagt bis zur Vorlage des Verkehrsgutachtens –erfolgte am 26.02.2015)**
- c. **Bürgerantrag: Forderung der Wieder-Anbringung des Grünlichts an der Ampel Schwaneweder Str. / Pürschweg**
- d. **Bürgerantrag: Tempo 30 und ausgewiesene Fahrradwege in der Fresenbergstr., Zebrastreifen und Halteverbot vor der Waldorfschule**

Herr Nowack erläutert, dass der Bürgerantrag von Frau Rhoden nach Fristende im Ortsamt eingegangen sei und daher heute nicht behandelt werde.

Herr Schurr bittet ihn dennoch heute zu behandeln, da seiner Ansicht nach genügend Zeit vorhanden gewesen sei, um zu dem Antrag eine Meinung zu beziehen.

Herr Nowack erklärt, dass jeder Antrag so behandelt werde und hier auch keine Ausnahme gemacht werde, da die Fraktionen ihn erst beraten sollen können.

a. Bürgerantrag: Klärung von Fragen zur Begründung des Petitionsausschusses zu einer Petition „Beschwerde über eine Aschedeponie und ein Kohlelager“:

Herr Nowack erklärt, dass der Antrag im KO vorbesprochen wurde und dort entschieden wurde, dass der Antrag abgelehnt werde. Der Beirat bedanke sich für die Eingabe, bittet die Antragstellerin jedoch selber weiter zu forschen.

Ergebnis: 1 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Ablehnung

b. Bürgerantrag: Brunnen auf dem Marktplatz wieder in Betrieb nehmen (Antrag vom 13.04.2014 – Vertagt bis zur Vorlage des Verkehrsgutachtens –erfolgte am 26.02.2015):

Herr Nowack schlägt vor den Antrag noch etwas zu vertagen und im Zuge der Beschlüsse zum Verkehrskonzept darüber zu entscheiden, zu dem es bisher ja noch keine Beiratsbeschlüsse gebe.

Frau Kröger-Schurr spricht sich für eine Annahme des Antrags aus, denn der Brunnen würde zur Verschönerung des Stadtbilds beitragen.

Frau Krohne teilt mit, dass sie ebenfalls für die Wiederinbetriebnahme des Brunnens sei.

Herr Nowack fragt in die Runde, wer denn dafür bereit sei, die Kosten zu übernehmen. Nach Schätzungen aus dem letzten Jahr seien mit Kosten von rund 3.700 € zu rechnen.

Frau Krohne erklärt, dass die Sparkasse eine Zusage gegeben hätte.

Herr Schwarz wirft ein, dass man den Antrag an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr weiterleiten solle.

Herr Thormeier erläutert, dass man sonst zur Not noch über eine Finanzierung durch Beiratsmittel in Betracht ziehen könne.

Herr Nowack erklärt, dass er es beim Bausenator versuchen werde.

Herr Schwarz schlägt vor, dass auch bei der Wirtschaftsförderung Bremen nachgefragt werden könne.

Über den Bürgerantrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Zustimmung

c. Bürgerantrag: Forderung der Wieder-Anbringung des Grünlichts an der Ampel Schwaneweder Str. / Pürschweg:

Bürgerin A schildert noch einmal die Problemlage und weist auf viele Beinah-Unfälle hin. Eine Ampel mit nur mit gelben Licht würde nicht ausreichen. Sie bittet daher, dass wieder eine Ampel mit Grünlicht installiert werde.

Herr Schwarz hofft, dass der Senator dem Antrag zustimmen werde.

Herr Schurr erklärt, dass er den Antrag ebenfalls unterstütze.

Herr Dunker erklärt, dass ein Grünlicht aus der Sicht von Verkehrsexperten eher zum Rasen verleiten würde, da die Fahrer versuchen würden noch schnell bei grün über die Ampel zukommen. Er bittet ferner darum, dass Fälle von Beinah-Unfällen bei der Polizei gemeldet werden. Nur so könne man auch Kontrollen vor Ort durchführen. Darüber hinaus hätten andere Ampeln im Stadtteil auch kein Grünlicht und dort seien der Polizei keine derartigen Probleme bekannt.

Bürgerin A erwidert, dass es dort sehr wohl Bedarfsampeln mit Grünlicht gebe.

Herr Dunker erklärt, dass ihm diese nicht bekannt seien. Die Polizei wolle den Antrag auch gar nicht verbieten, sondern gebe nur Erfahrungswerte weiter.

Herr Schupp erklärt, dass er Bürgerin A rechtgeben müsse, da er die von ihr beschriebenen Ampeln kenne.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Zustimmung

d. Bürgerantrag: Tempo 30 und ausgewiesene Fahrradwege in der Fresenbergstr., Zebrastreifen und Halteverbot vor der Waldorfschule:

Bürgerinnen B und C stellen den Antrag vor.

Herr Thormeier stellt fest, dass die Fresenbergstraße ein Teil des Verkehrskonzepts sei und schlägt deshalb vor, dass der Antrag in diesem Zuge beschlossen werden solle.

Herr Schwarz erläutert, dass es in der Gegend schon sichere Wege gebe, diese seien aber vielleicht 50 Meter länger. Er schlägt vor, dass geprüft werden solle, ob in dem Bereich eine Tempo 30-Zone eingerichtet sowie ein Zebrastreifen installiert werden könne. Die restlichen Maßnahmen sollten mit dem Verkehrskonzept verknüpft werden.

Bürgerinnen B und C erklären, dass es für Radfahrer schwer sei die Schule sicher zu erreichen. Außerdem wären die geforderten Maßnahmen nicht unverhältnismäßig.

Herr Nowack erläutert das Vorhaben aus dem Verkehrskonzept

Bürgerinnen B und C verdeutlichen, dass eine Einrichtung einer Zone 30 schon sehr wichtig sei.

Frau Krohne kann sich die Verschlechterung der Situation vor Ort nur durch die Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen erklären. Früher hätte es dort keine Probleme gegeben, obwohl es damals zwei Schulen in der Straße gegeben hätte. Die Forderungen der Bürger würde sie jedoch unterstützen.

Frau Kröger-Schurr teilt mit, dass sie die Tempo 30 Zone ebenfalls unterstütze.

Herr Schupp erklärt, dass die SPD-Fraktion sich ebenfalls für eine Tempo 30-Zone sowie für die Zebrastreifen aussprechen würde.

Herr Thormeier fragt nach den Fahrradstreifen.

Herr Nowack erklärt, er werde den kompletten Antrag mitnehmen und weiterleiten.

Frau Klinkmüller appelliert an die Eltern, dass Sie ihre Kinder nicht immer zur Schule fahren sollen.

Über den Antrag wird abgestimmt
 Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
 Zustimmung

Mündliche Anträge:

Bürgerin D fragt nach der Prozedur bei Bürgeranträgen und möchte wissen, ob ihr Antrag noch behandelt worden wäre, wenn sie ihn heute mündlich vorgetragen hätte.

Herr Nowack erklärt, dass Bürgeranträge spätestens 8 Tage vor der Sitzung im Ortsamt eingehen müssten, damit die Fraktionen sie auf ihren vorbereitenden Sitzungen noch beraten können. Ein mündlich vorgetragener Antrag wäre auch vertagt worden.

Bürger E möchte wissen, ob die Tempo 30 Zone in der Fresenbergstraße mit der BSAG abgesprochen sei.

Herr Nowack erklärt, dass die BSAG im Zuge des Verkehrskonzepts beteiligt worden sei, aber er jetzt aktuell noch nichts wüsste.

Herr Schwarz wirft ein, dass er sich nicht vorstellen könne, dass sich die BSAG in dem Fall rausreden könne.

TOP 7: Anfragen und Anträge der Parteien

- a. CDU: Dringlichkeitsantrag – Geschlossene Unterbringung der minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge, die die Chance der intensivpädagogischen Betreuung in der Rekumer Straße 12 nicht genutzt haben**
dazu: → Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
→ Änderungsantrag der Fraktion SPD

a. CDU: Dringlichkeitsantrag – Geschlossene Unterbringung der minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge, die die Chance der intensivpädagogischen Betreuung in der Rekumer Straße 12 nicht genutzt haben

dazu: → Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
→ Änderungsantrag der Fraktion SPD

Herr Thormeier erklärt, dass die CDU-Fraktion keine Einwände gegen den Änderungsantrag der SPD habe.

Herr Nowack schlägt vor über den Antrag der SPD abzustimmen, da er diesen als Weitestgehenden sehe.

Herr Schurr widerspricht und sieht den Antrag der Grünen weitergehender.

Herr Schupp und Herr Schwarz erklären man könne auch zuerst über den Antrag der Grünen abstimmen.

Frau Kröger-Schurr beantragt, dass folgender Abschnitt wörtlich ins Protokoll übernommen werden soll:

Herr Nowack: „Sie müssen sich jetzt einig werden, ich hatte ja den Vorschlag gemacht, dass über den Änderungsantrag der SPD abgestimmt wird, weil das der weitest gehende ist. (Herr Schwarz wirft ein, dass zu Erst über den Antrag der Grünen abgestimmt werden solle)

Wollen wir erst über den Antrag der Grünen abstimmen? Gut, ich mache das, was sie gerne möchten. Ich bin doch ihr Dienstleister.“

Über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird abgestimmt.

Ergebnis: 3 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Über den Änderungsantrag der Fraktion SPD wird abgestimmt.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist somit angenommen.

TOP 8: Beschluss: Stellungnahme des Beirats zum Bürgerantrag „Videoüberwachung auf dem Bolzplatz Bahrsplate“

Herr Nowack übergibt für den Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung an Herrn Wolpmann

Herr Wolpmann erläutert das Zustandekommen des Beschlussvorschlags und erklärt, dass im Ortsamt keine Einwände eingegangen seien. Daher werde der Beschlussvorschlag in der verschickten Form zur Abstimmung gestellt.

Frau Krohne erklärt, dass sie den Umgang mit dem Bürgerantrag beschämend fände. Zum einen sei er viel zulange nicht beantwortet worden und nun sollen die Antworten der SPD- und CDU-Fraktionen als Beiratsmeinung gelten. Die Meinungen der kleinen Fraktionen würden gar nicht mehr gelten.

Frau Krohne beantragt, dass dem Antragssteller alle Antworten der Fraktionen übersendet werden.

Herr Wolpmann erläutert, dass der Antragssteller eine Stellungnahme des Beirats gefordert habe.

Herr Schurr erklärt, dass die Stellungnahmen von CDU und SPD nicht identisch gewesen seien, wie in der Präsentation behauptet.

Herr Wolpmann erläutert, dass sie nicht den gleichen Wortlaut besäßen, dennoch inhaltlich die gleichen Aussagen enthalten würden.

Herr Schurr ist ferner der Meinung, dass eine Unterzeichnerin der SPD-Stellungnahme diese nicht unterzeichnen hätte dürfen, weil sie sich in der Sache für Befangen erklärt habe. Außerdem hätten alle Beiratsmeinungen in dem Beschlussvorschlag des Beirats dargestellt werden müssen.

Herr Schwarz erklärt, dass die ganzen Beschlussvorschläge schon vor langer Zeit an alle Fraktionen verschickt worden seien und es darauf keine Resonanz gegeben hätte, dass jetzt plötzlich in einer öffentlichen Beiratssitzung dazu wieder Stellung genommen wird, findet er seltsam, den es wäre genügend Zeit gewesen darauf zu Antworten. Was jetzt wieder veranstaltet werde sei reine Show.

Frau Krohne stellt ein weiteres Mal ihren Antrag.

Frau Kröger-Schurr erklärt, dass ein Bürgerantrag aus Juni/Juli letzten Jahres behandelt wäre und sie der Meinung sei, dass man die damaligen Gepflogenheiten beachten müsse. Damals sei Herr Schwarz im Vorstand der Bürgerstiftung gewesen und somit befangen. Außerdem sei es sowieso spektakulär, dass der Antrag erst jetzt behandelt werde.

Auf Antrag von Frau Kröger-Schurr wird folgende Aussage wörtlich ins Protokoll übernommen:
Wolpmann: „Das ist ja auch in gewisser Weise der Verdienst Ihrer Fraktion.“

Herr Schurr erklärt, dass die Verzögerung nicht Schuld der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewesen sei, sondern an den falschen Entscheidungen der Senatskanzlei und des Ortsamtes gelegen habe. Darüber hinaus werde er die Befangenheit von Herrn Schwarz noch einmal prüfen lassen.

Frau Stitz beantragt Beendigung der Debatte

Herr Thormeier erklärt, dass es nun mal eine Mehrheitsmeinung des Beirats geben werde, er sehe es aber als unschädlich, wenn die Mindermeinungen der Fraktionen auf der Homepage des Ortsamtes eingestellt werden würden.

Herr Wolpmann wirft ein, dass die Fraktionen natürlich ihre Stellungnahmen auf der eigenen Homepage veröffentlichen oder sie auch persönlich an den Antragssteller schicken könnten.

Herr Nowack erklärt als Verantwortlicher der Ortsamts-Homepage, dass er dort keine parteipolitischen Statements veröffentlichen dürfe und dies auch nicht tun werde. Auch das Verschicken von solchen Statements per Mail oder Post sei nicht möglich. Es könne darüber zwar abgestimmt werden, er werde es aber nicht tun, weil er sonst eine dienstrechtliche Verfehlung begehen würde.

Die Parteien könnten aber selber ihre Stellungnahmen veröffentlichen oder an den Bürger verschicken.

Herr Wolpmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Ergebnis: 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Der Antrag ist somit angenommen.

Herr Schurr erklärt, dass Herr Schwarz an der Abstimmung teilgenommen habe (Enthaltung). Er ist sei der Auffassung, dass Herr Schwarz als damaliges Vorstandsmitglied befangen sei und nicht an der Abstimmung sowie Debatte teilnehmen dürfe.
Die Antwort solle Herrn Menge erst nach der rechtlichen Überprüfung zugeleitet werden.

Herr Wolpmann übergibt die Sitzungsleitung wieder an Herrn Nowack.

TOP 4: Evaluationsbericht des novellierten Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Frau Krohne beantragt, dass Herr Probst noch einmal eingeladen oder eine zusätzliche Beiratssitzung einberufen werden soll, da sie noch Fragen an Herrn Probst habe. Für die Stellungnahme solle sich das Ortsamt für eine Fristverlängerung einsetzen.

Herr Thormeier spricht gegen diesen Antrag und fordert eine Behandlung in der heutigen Sitzung. Die Fragen könne Frau Krohne Herrn Probst per Mail zukommen lassen.

Über den Geschäftsordnungsantrag von Frau Krohne wird abgestimmt.

Ergebnis: 3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Herr Nowack stellt die Präsentation von Herrn Probst vor, die dem Protokoll im Anhang beigelegt ist.

Herr Schurr hätte gerne von Herrn Probst gewusst, wie relevant die Ergebnisse des Evaluationsberichts für den Beirat Blumenthal seien. Das Gesetz sei von 2010 und man hätte schon reagieren können. Darüber hinaus würde es sich über die Einrichtung einer Schlichtungsstelle freuen uns sehe Bedarf bei der Schulung von Beiratsmitgliedern.

Herr Thormeier erklärt, dass die Schulung von Beiratsmitgliedern der CDU parteiintern durchgeführt werden würde.

Herr Nowack erklärt, dass Probst so etwas in seinen Empfehlungen fordern würde.

Herr Schurr erklärt, dass er eine unabhängige Schlichtungsstelle meinen würde, an die sich jedes Beiratsmitglied bei rechtlichen Fragen wenden könne.

Herr Nowack erklärt, dass die Schlichtungsstelle nach dem Gesetz die Bremische Bürgerschaft sei. Hier müsse aber noch einiges getan werden, damit es zu konstruktiverer Zusammenarbeit kommen könne.

Herr Schurr erklärt, dass es ihm um die Tatsache gehen würde, dass es bei Themen bspw. der Videoüberwachung durch Unwissenheit des Beirates vertagt wurde, hier wäre eine rechtliche Beratung durch eine entsprechende Stelle sehr viel sinnvoller gewesen um die Entscheidung nicht läng hinaus zu zögern. Erst ein Spruch der Senatskanzlei habe für Ordnung gesorgt.

Auf Antrag von Herrn Schurr wird folgender Abschnitt wörtlich ins Protokoll übernommen:

Nowack: „Wenn der Vorschlag der Senatskanzlei bzw. der Verfassungsjuristen zu diesem Thema für Ordnung gesorgt hätte, hätten wir heute nicht noch eine Viertelstunde darüber diskutieren müssen. Hat es ja nicht, es hat ja eher mehr Fragen eröffnet als es Antworten gegeben hat.“

Herr Thormeier erklärt, dass es eine Stelle gebe an die sich Beiratsmitglieder wenden könne.

Herr Nowack schlägt ein Ende der Diskussion vor und den Beschluss, dass der Beirat allen Handlungsempfehlungen des Evaluationsberichts zustimmen werde.

Über diesen Beschlussvorschlag wird abgestimmt.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Der Antrag ist somit angenommen.

TOP 9: Verschiedenes

Herr Nowack gibt folgende Termine bekannt:

11.03.2015, 18.00 Uhr: Erstes Treffen der „Blumenthaler Willkommensinitiative“ im Quartierstreff, Kapitän-Dallmann-Straße 18

20./21.03.2015: „Bremen räumt auf“

13.04.2015, 14.00 Uhr: Plenum der „Bildungsbrücke Blumenthal“ in der Tami-Ölfken-Schule

20.04.2015, 19.00 Uhr: Öffentliche Beiratssitzung im SZ Eggestedter Straße. Themen u.a.
„Evaluationsbericht der Bildungsbrücke

Herr Nowack schließt die Sitzung um 21:00 Uhr.

gez. Nowack

Vorsitzender

gez. Schwarz

Beirat ((Herr Schwarz)

gez. Wolpmann

Protokoll

Anlagen:

Präsentation „Evaluationsbericht des novellierten Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter“

Evaluation des novellierten Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Prof. Dr. Lothar Probst

Leiter des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und
Partizipationsforschung

Institut für Politikwissenschaft Universität Bremen

Dipl. Pol. Maike Schmidt-Grabia

Dipl. Pol. Michael Steffen

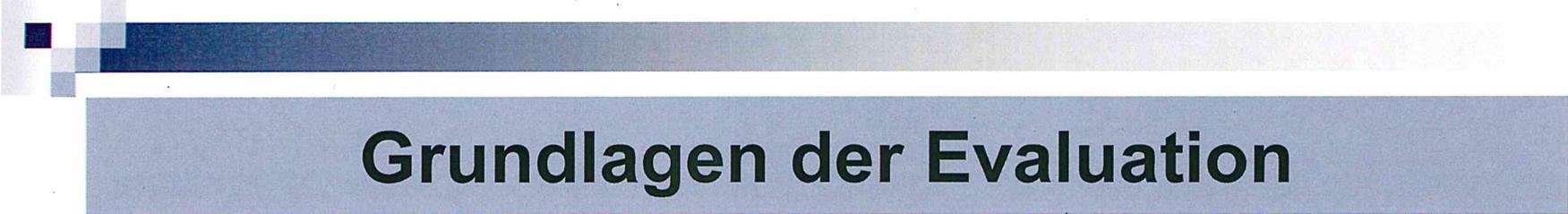
AWaPP

Arbeitsbereich Wahl-, Parteien-
und Partizipationsforschung



Universität Bremen

Institut für Politikwissenschaft



Grundlagen der Evaluation

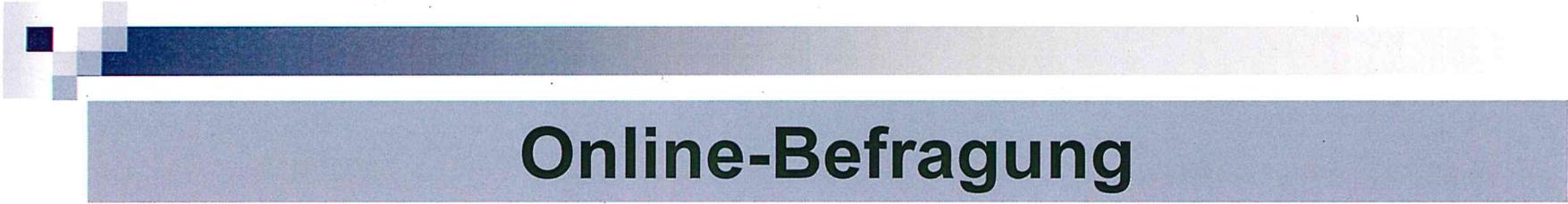
1. Dokumentenanalyse (Protokolle, Berichte, Medienbeiträge)
2. Qualitative Interviews
3. Online-Fragebogen für Beiratsmitglieder



Qualitative Interviews

Kriterien für die Auswahl der Interviewpartner

- a) Vier Personengruppen: Beiratssprecher*innen, Ortsamtsleiter*innen, Mitglieder des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte, Behördenvertreter*innen (insgesamt 27 – davon 17 Männer und 10 Frauen)
- b) Regionale Verteilung über das Stadtgebiet
- c) Berücksichtigung sozialstruktureller Unterschiede
- d) Unterschiedliche parteipolitische Repräsentanz
- e) Gender-Aspekte
- f) Senatsressorts mit starkem Bezug zu den Beiräten



Online-Befragung

1. Zielgruppe: Beiratsmitglieder
2. Insgesamt haben 159 Beiratsmitglieder den Fragebogen ausgefüllt (von 309 angeschriebenen)
3. 139 von 159 haben die Frage nach dem Geschlecht beantwortet (89 männlich / 50 weiblich)
4. Das Durchschnittsalter betrug 56 Jahre



Gegenstand der Untersuchung

- Planungskonferenzen
- Bürger- und Jugendbeteiligung
- Rechte der Beiräte
- Ressourcenausstattung
- Beiratsübergreifende Zusammenarbeit

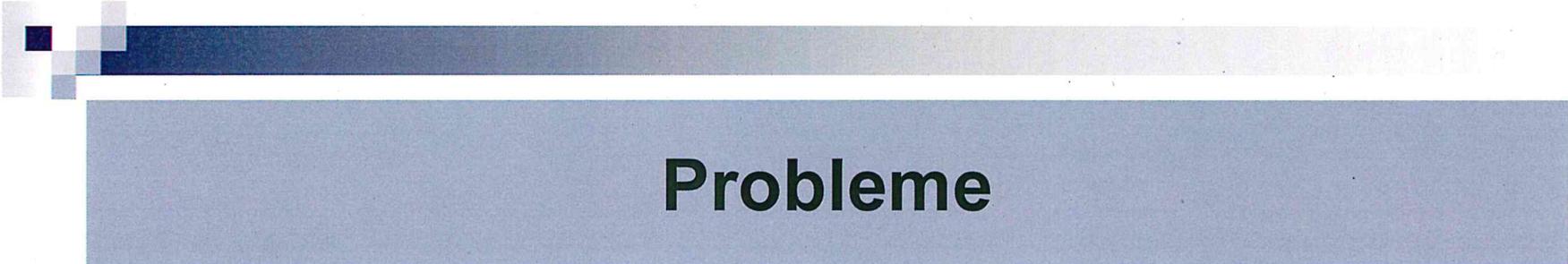


Genereller Eindruck

- Schwierige rechtliche und politische Stellung der Beiräte im institutionellen Gesamtgefüge Bremens
- Struktureller Konflikt zwischen Stadtteilinteressen und lokalen Entscheidungsmöglichkeiten einerseits sowie gesamtstädtischen Interessen und Entscheidungsbefugnissen andererseits
- Unterschiedliche Auffassungen über Bürgerbeteiligung

(A) Planungskonferenzen (§ 8)

- Es hat eine Vielzahl von PK stattgefunden, die Soll-Zahl im Ortsgesetz (jährlich in jedem Beirat) wurde jedoch nicht erreicht.
- Das Instrument PK wurde sehr unterschiedlich genutzt und organisatorisch ausgestaltet.
- Starke Nachfrage der Themenbereiche „Bildung und Soziales“ sowie „Bau und Verkehr“.



Probleme

- Richtige Ansprechpartner*innen in den Behörden sind nicht immer erreichbar
- Planungen der Behörden sind oft nicht transparent
- Es mangelt an Verbindlichkeit der Empfehlungen der Planungskonferenzen
- Fragestellungen werden häufig zu kurzfristig oder zu umfangreich eingereicht (Behördensicht)

(Ergebnis Online-Fragebogen und Interviews)

Empfehlungen

Bürgerschaft – Senat(skanzlei)

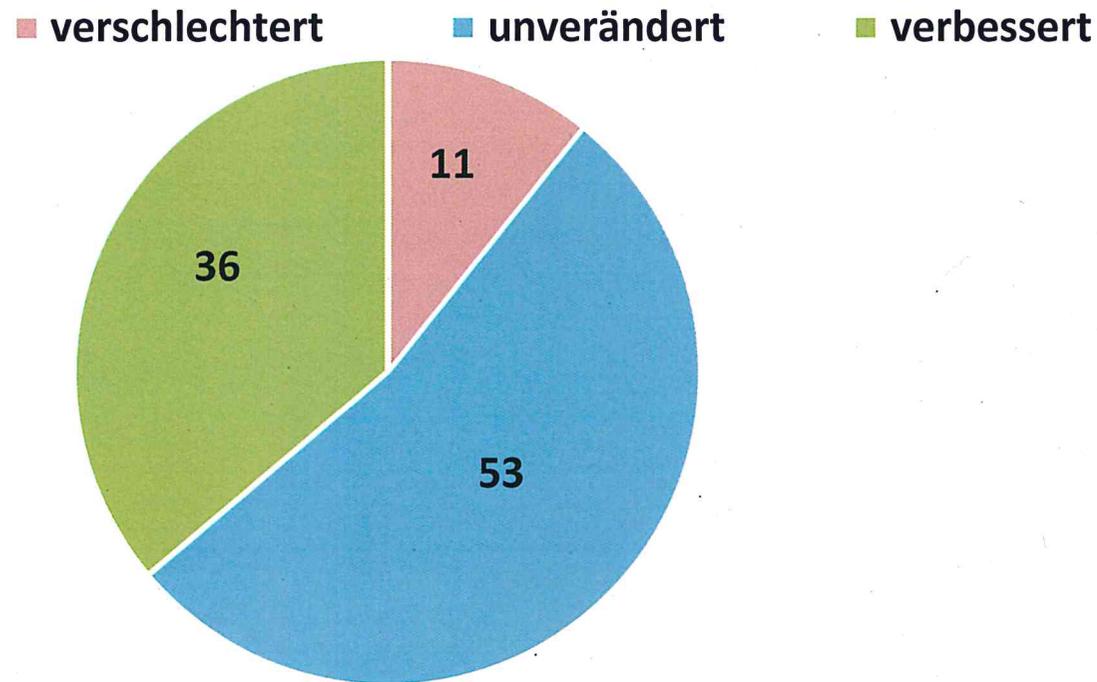
- Anzahl der verpflichtenden PK in der Legislaturperiode reduzieren
- Bei einer eventuellen Novellierung des Gesetzes Verbindlichkeit der Empfehlungen von PK präzisieren
- Schulungsformate für BR-Mitglieder und Behördenvertreter zum Thema PK anbieten
- Verbesserung der personellen Ausstattung der Ortsämter

Beiräte

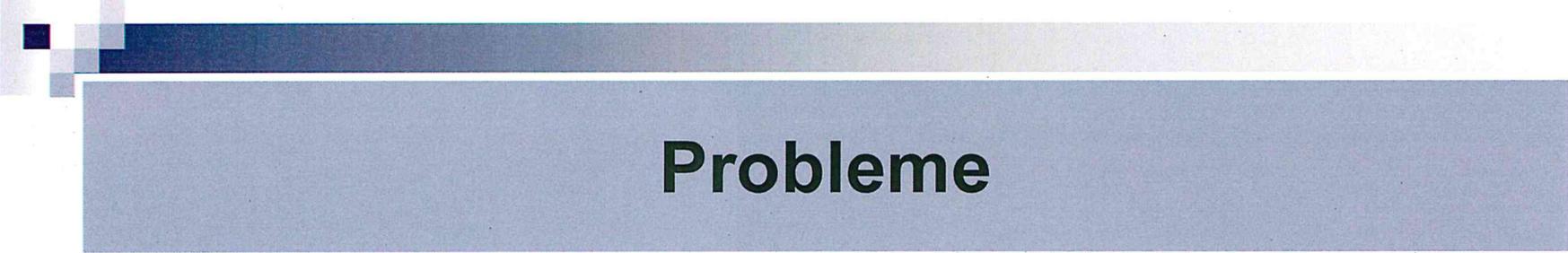
- Die PK als eigenständige Veranstaltung außerhalb einer Beirats-sitzung organisieren
- Themenkonzentration in den PK
- Anbindung der PK an die Arbeit der Fachausschüsse (Vor- und Nachbereitung)
- Eigene Planungen und Anfragen rechtzeitig an die Behörden weiter-leiten
- Konstruktive Arbeitsatmosphäre herstellen

(B) Stärkung der Bürgerbeteiligung (§ 6)

Frage: *Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Bürgerbeteiligung im Beiratsgebiet nach der Beiräte-Reform verändert? (in Prozent)*



Ergebnis: *Online-Befragung (n=130)*



Probleme

- Beteiligung wird oft nur projektbezogen ermöglicht
- Keine Verstetigungen sowohl in den Verfahren als auch in der Entscheidungsverbindlichkeit
- Grad der Beteiligung ist stark themenabhängig
- Bereitschaft zur Beteiligung ist umso größer, je eher das unmittelbare Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger betroffen ist
- Es sind „immer nur dieselben Personen [...], die sich engagieren“

Empfehlungen

Bürgerschaft – Senat(skanzlei)

- Professionelle Unterstützung der Beiräte bei Umsetzung von Bürgerbeteiligung (im Sinne der Zielvorgaben des Beirätegesetzes)

Beiräte

- Erstellung eines Info-Blattes über Beteiligungsmöglichkeiten und -angebote im jeweiligen Stadtteil
- Beteiligungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit der Lokalpresse und anderen Multiplikatoren bewerben
- Vernetzung der Beiräte mit dem Bremer Netzwerk für Bürgerbeteiligung (BNB)



(C) Jugendbeteiligung (§ 6)

Offene, projektorientierte Formen

- Temporäre Ideenwettbewerbe
- Zukunftswerkstatt
- Umfragen und Eruiierung der Interessen der Jugendlichen

- Zeitlich begrenzte, anlassbezogene Beteiligung

Institutionalisierte Formen

- Jährliche Ideenwettbewerbe
- Jugendbeiräte

- Verstetigte Beteiligung



Jugendbeiräte in Bremen

- Jugendbeirat Huchting (2009)
- Kinder- und Jugendbeirat Burglesum (2010)
- Jugendparlament Gröpelingen (2011)
- Jugendbeirat Neustadt (2011)
- Jugendbeirat Oberneuland (2013)
- Jugendbeirat Findorff (2013)

Empfehlungen

Bürgerschaft – Senat(skanzlei)

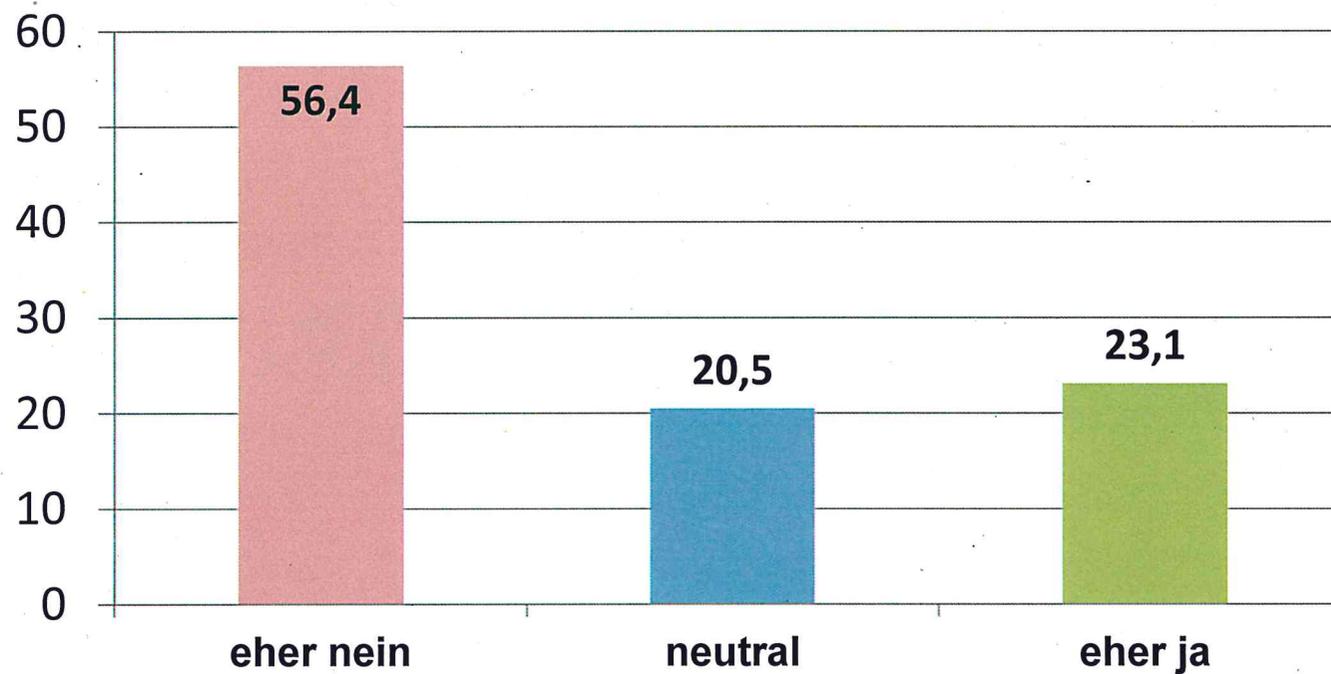
- Modell der FSJler-Stellen ggf. ausbauen und finanziell absichern
- Vernetzung der Jugendbeteiligung auf Ebene der SK stärken
- Eigenverantwortung der Jugendbeiräte für ihren Etat unterstützen

Beiräte

- Vereinheitlichung der Wahlmodalitäten (Alter, Wahlzeiten)
- Ausscheiden aus Jugendbeirat nur durch Rücktritt
- Adressierbares Jugendprojekt und/oder Jugendbeauftragte in jedem Beirat
- Mindestens 10% der Globalmittel eines Beirats für Jugendbeteiligungsprojekte

(D) Stärkung der Rechte der Beiräte (§ 7, 9, 10,11)

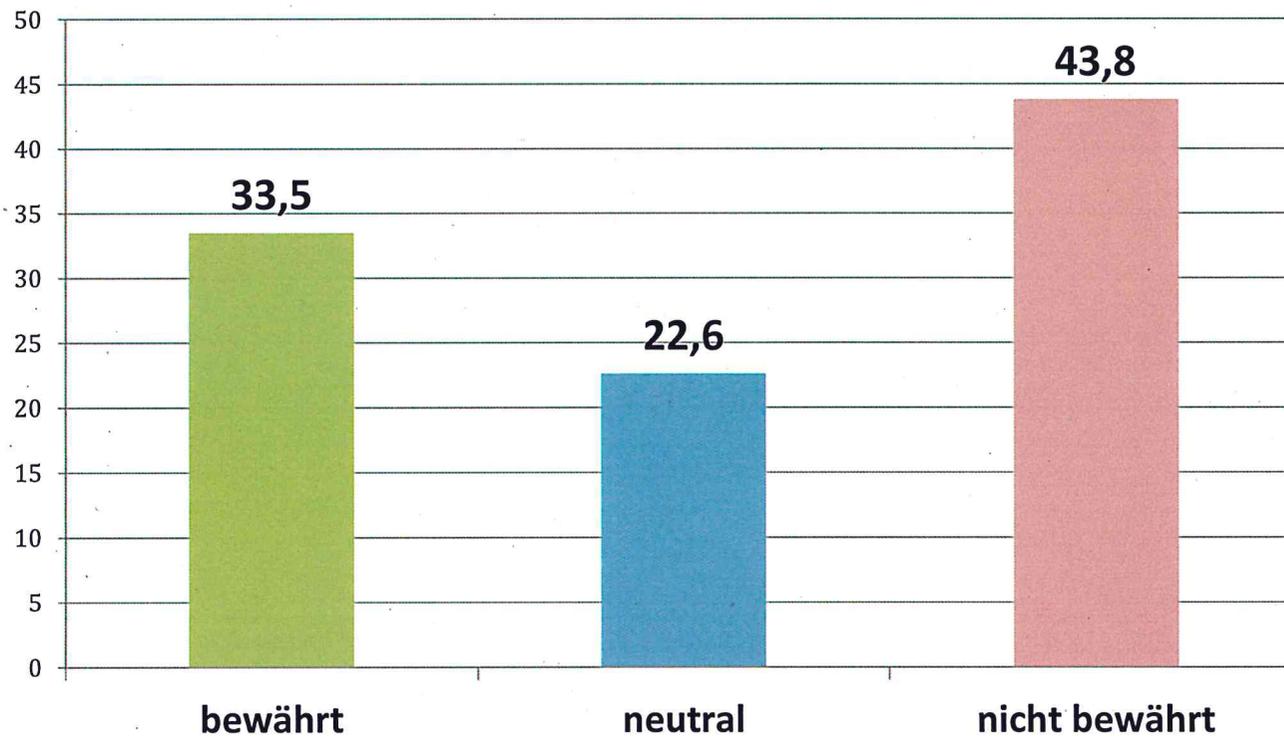
Frage: „Werden den Beiräten genügend Rechte eingeräumt?“
(Angaben in Prozent)



Ergebnis Online-Befragung (n=156)

Stärkung der Rechte der Beiräte

Frage: „Haben sich die neuen Rechte bewährt?“ (Angaben in Prozent)



Ergebnis Online-Befragung (n=137)

Häufig geäußerte Meinungen in den Interviews

Beiratsmitglieder/Ortsamtsleitungen

- Informations-, Beteiligungs- und Entscheidungsrechte der Beiräte würden immer wieder ignoriert oder sogar ausgehebelt.
- Einzelne Paragraphen des novellierten Beirätegesetzes, wie die Stadtteilbudgets, stünden nur auf dem Papier.
- Manche Formulierungen im Beirätegesetz seien so gefasst, dass sie den Beiräten wenige Möglichkeiten an die Hand gäben, ihre Rechte auch durchzusetzen.

Behördenvertreter*innen

- Beiräte kennen die rechtlichen Grenzen ihrer Kompetenzen nicht.
- Beiräte seien für ihre Aufgaben nicht ausreichend geschult.
- Beiräte können zwischen „Beiratsangelegenheiten und gesamtstädtischen Angelegenheit“ nicht unterscheiden.
- Ressorts werden mit kurzfristigen Anfragen konfrontiert, die nicht fristgemäß beantwortet werden können.

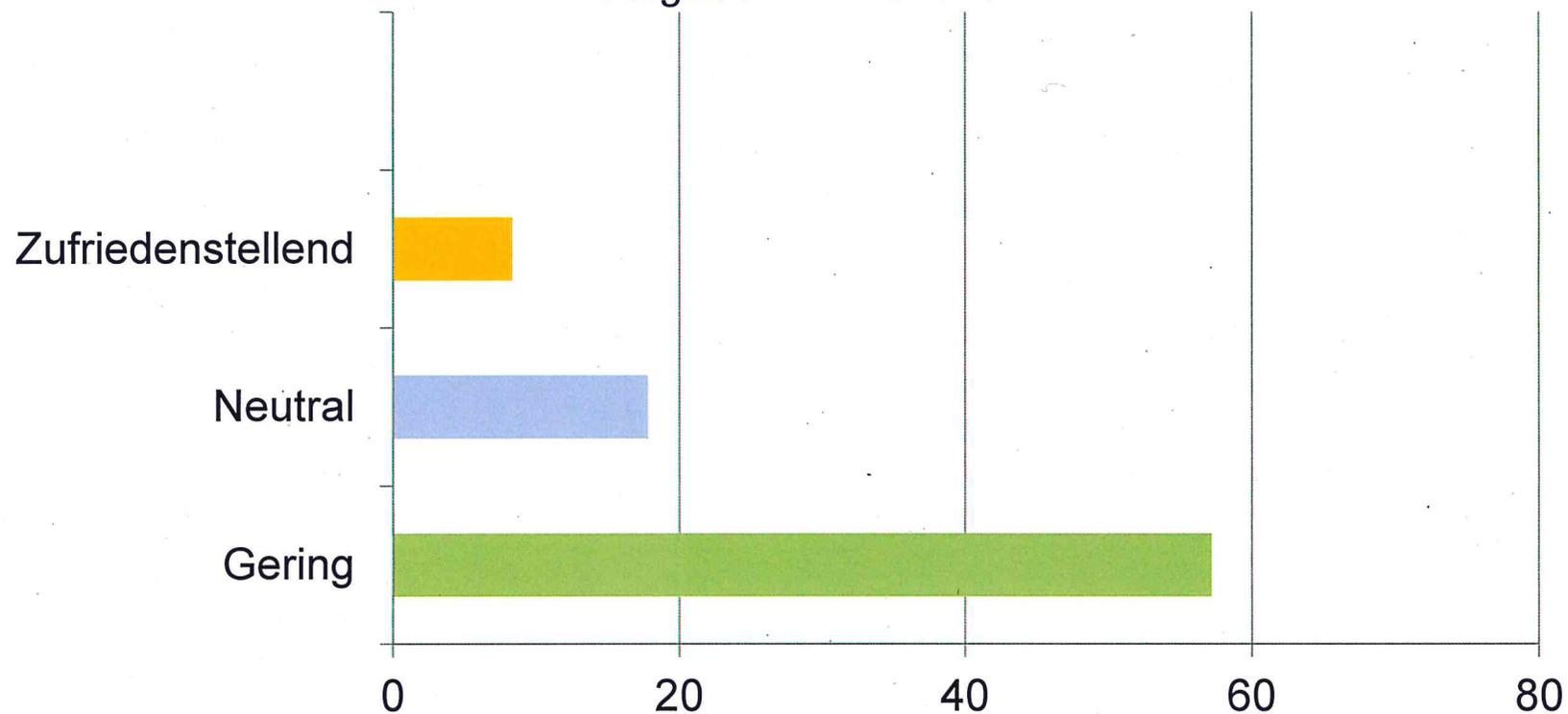


Handlungsempfehlungen

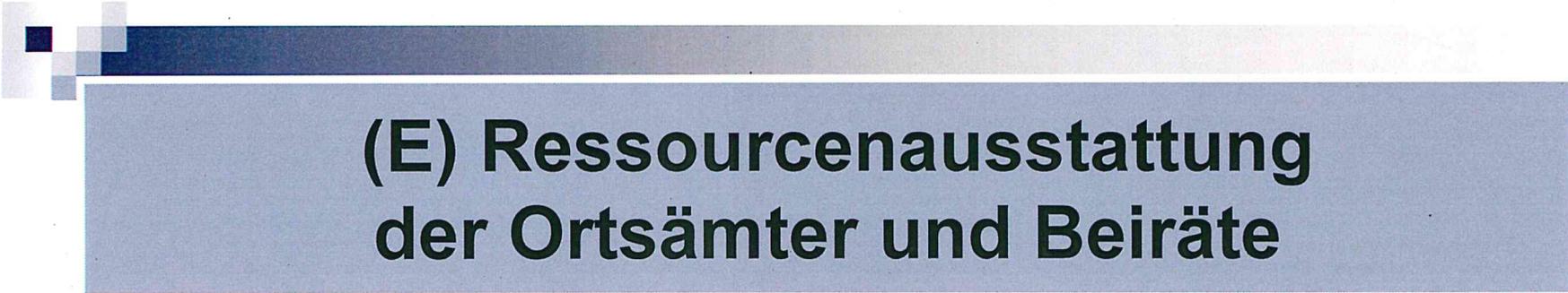
- Präzisierung und rechtlich eindeutige Fassung der Alleinentscheidungsrechte der Beiräte,
- rechtliche Prüfung der Beteiligungsrechte von Beiräten bei Baugenehmigungsverfahren (Wirksamkeit der Beteiligung, Herstellung von Einvernehmen nach § 36 Baugesetzbuch),
- verbindliche Einstellung von Stadtteilbudgets für die Beiräte seitens der senatorischen Ressorts (auf Basis entsprechender Anträge der Beiräte),
- Entwicklung standardisierter und verbindlicher Verfahren für die Bearbeitung von Anfragen der Beiräte in den senatorischen Behörden und zuständigen Stellen,
- Entwicklung von Fort- und Weiterbildungsangeboten für Beiratsmitglieder durch die Senatskanzlei in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen.

(E) Ressourcenausstattung Ortsämter

*Frage: Wie beurteilen Sie die Personalausstattung des Ortsamtes?
Angaben in Prozent*



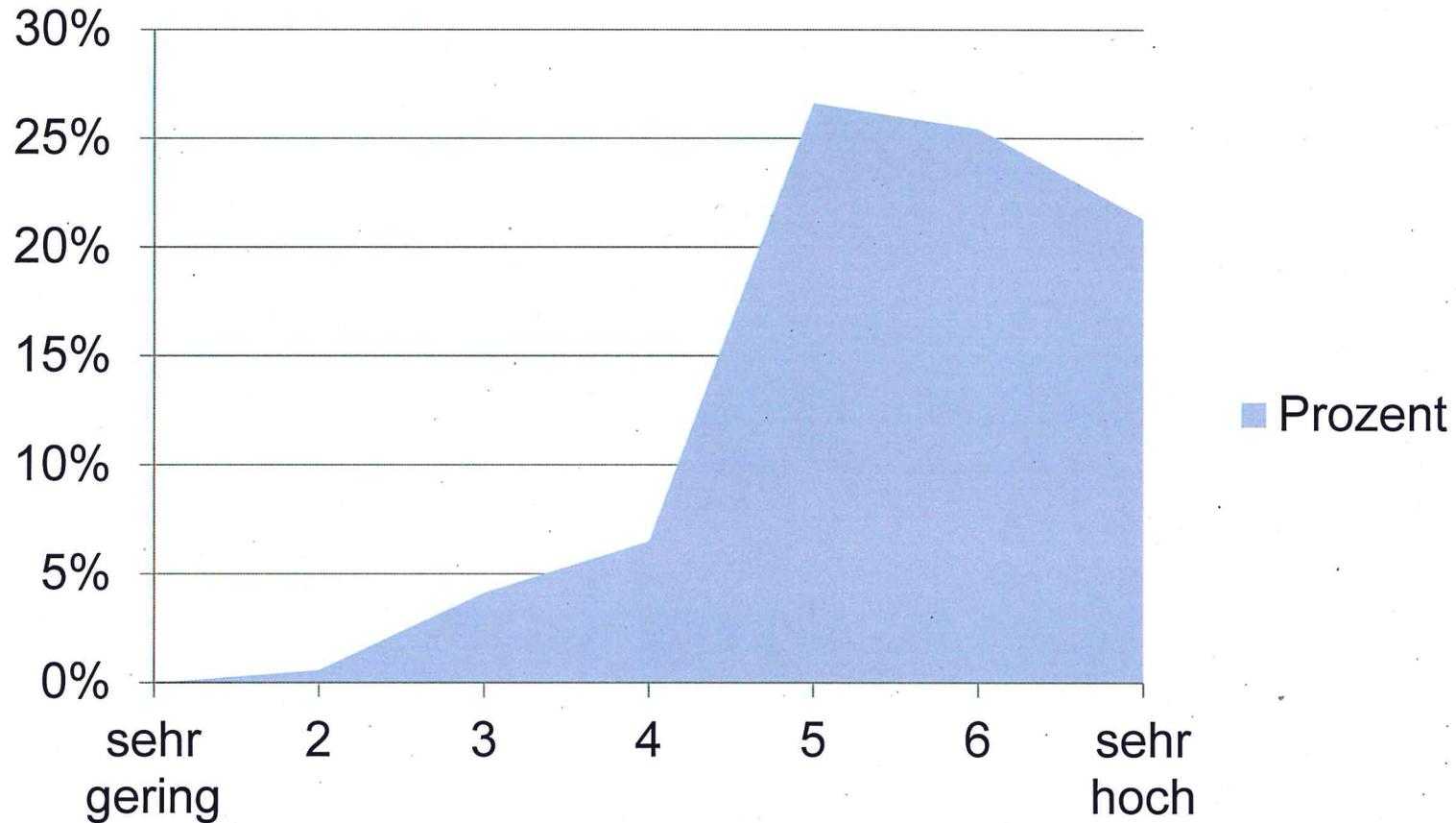
Ergebnis Online-Befragung (n=149)



(E) Ressourcenausstattung der Ortsämter und Beiräte

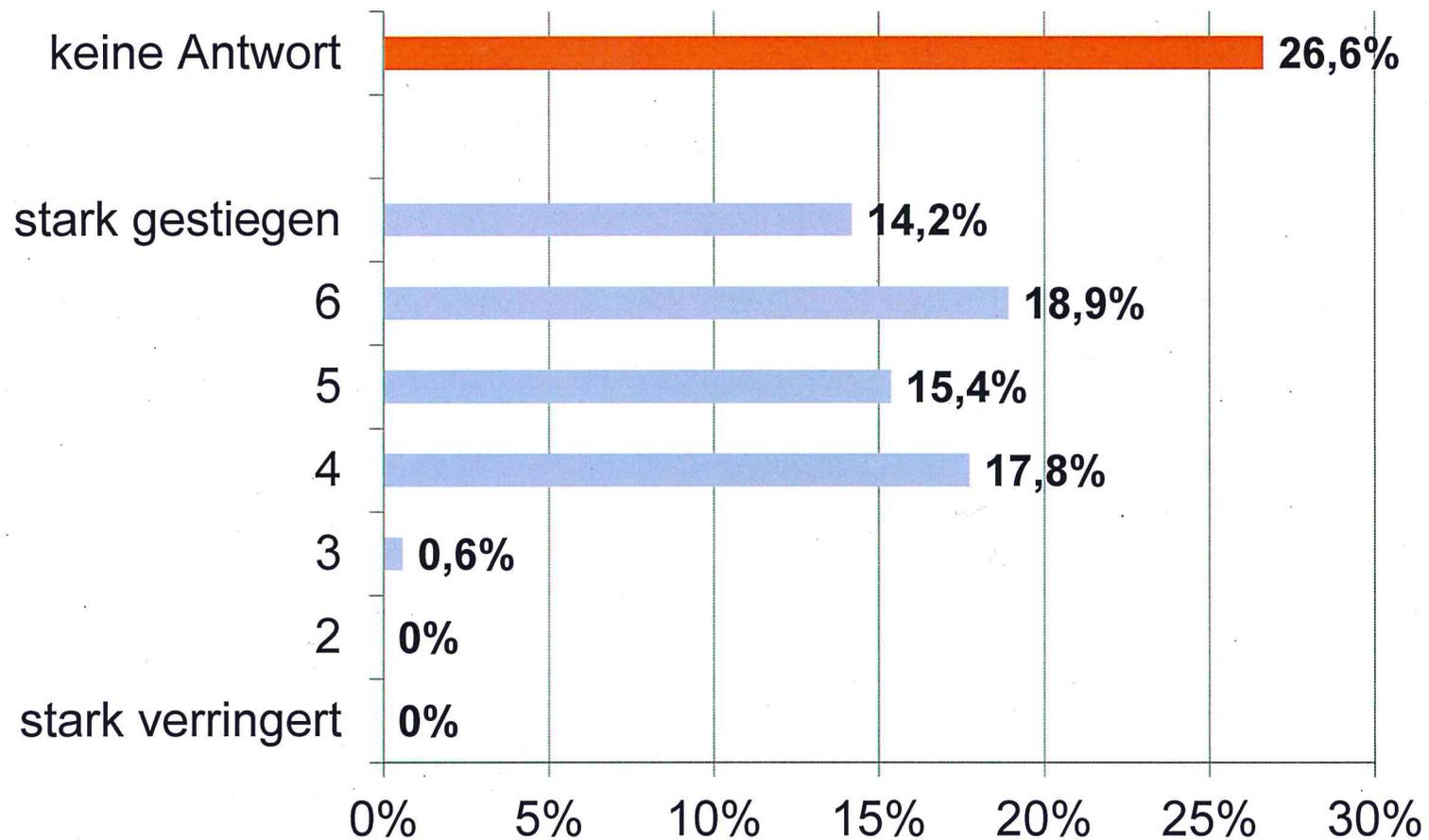
- Personalmangel in den Behörden und Ortsämtern wirkt sich negativ auf die Beiratsarbeit und Bürgerbeteiligung aus
- Personalmangel beeinträchtigt auch die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Beiräten
- Ortsämter können bei zu geringer Personalausstattung die Beiräte in ihrer Arbeit (z.B. Vorbereitung von Beiratssitzungen) nicht ausreichend unterstützen
- Arbeitsaufwand der Ehrenamtlichen ist seit der Einführung des neuen Beirätegesetzes gestiegen, während die Sitzungsgelder nicht erhöht wurden

Arbeitsaufwand der Beiratsarbeit



Ergebnis Online-Befragung (n=149)

Arbeitsaufwand nach Reform Beirätegesetz



Ergebnis Online-Befragung (n=143)

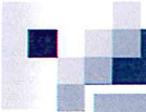
Empfehlungen

Bürgerschaft – Senat(skanzlei)

- angemessene Personalausstattung der Ortsämter
- Entwicklung von Fort- und Weiterbildungsangeboten für Beiratsmitglieder
- Anpassung von Sitzungsgeldern an die gestiegene Arbeitsbelastung der Beiräte

Beiräte

- Terminierung von Sitzungen zu Tageszeiten, die auch von berufstätigen Beiratsmitgliedern wahrgenommen werden können



Beiratsübergreifende Zusammenarbeit

- Beirätekonzferenz als Koordinierungsplattform einerseits, als Adressatin der Behörden andererseits
- Regionalausschüsse als Möglichkeit, bestimmte Problemlagen gemeinsam anzugehen (Beispiele Bahnlärm, VEP, Bremen-Nord)
- Gemeinsame Beirats- und Fachausschusssitzungen

Empfehlungen

Bürgerschaft – Senat(skanzlei)

- Gesetzliche Festlegung auf vierteljährlichen Rhythmus der Beirätekonzferenz modifizieren

Beiräte

- Beteiligung möglichst aller Beiräte an den Beirätekonzferenzen
- Initiativen zur Verbesserung der beiratsübergreifenden Zusammenarbeit durch die Beirätekonzferenz
- Weitergabe von Erfahrungen und Best-Practice-Beispielen aus der Beiratsarbeit
- Prüfung der Repräsentation von Minderheitsfraktionen
- Einrichtung weiterer Regionalaus-schüsse bei beiratsübergreifenden Problemlagen